

könnte es sich leisten, mit Rücksicht auf ihre Parteikasse in der Öffentlichkeit nicht präsent zu sein, während der politische Gegner das Straßenbild mit Plakaten usw. beherrscht. Hier setzen die Überlegungen an, durch Abkommen eine gewisse Begrenzung des Aufwands zwischen den Parteien zu vereinbaren. Das Problem bei solchen Vereinbarungen liegt stets in der Kontrolle der Einhaltung. Was nützt es etwa einer Partei, wenn sich zwar der politische Gegner offiziell an ein Fairneß-Abkommen hält, die „Schmutzarbeit“ aber von bestimmten Kreisen oder Gruppen erledigen läßt, deren Stoßrichtung klar ist, von denen man sich aber offiziell mit Krokodilstränen „distanzieren“ kann! Dieses Problem wird bei künftigen Verhandlungen über ein Fairneß-Abkommen im Wahlkampf neben den anderen bekannten Dingen sicher im Vordergrund stehen müssen.

F.D.P.: Argumente und Leistung zählen bei der Wahl

Abgeordneter Eberhard Wilde, Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes NW der F.D.P., schreibt:

Liberale Politik war in Nordrhein-Westfalen immer durch Vernunft und behutsamen Fortschritt geprägt. Die Politiker der F.D.P. haben den Bürger stets als Partner gesehen. Sie würden unglaublich, wenn sie den Bürger mit Papier überschütten und mit Plakatwerbung überfüttern wollten. Wahlkampf nach Art des „billigen Jakobs“ oder einer aufdringlichen Werbung wird den mündigen Bürger weder beeindrucken noch beeinflussen.

Die F.D.P. wird daher dem Wähler ihren Beitrag in allen Einzelbereichen der Landespolitik in den vergangenen fünf Jahren sachlich und klar darstellen. Sie wird traditionsgemäß mit ihren guten Argumenten gegen die Vielzahl der Phrasen ankämpfen.

Ein „heißer Wahlkampf“ ist nicht für die F.D.P., vielleicht aber für andere ein Problem: Wer in dem „Kampf um Mehrheit und Macht“ übertrieben und laut auftritt, gerät in den Verdacht, in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht den Auftrag erfüllt zu haben, den ihm die Wähler bei der letzten Wahl erteilt haben.

Die F.D.P. hat sich grundsätzlich zu Verhandlungen über ein Wahlkampfabkommen bereit erklärt. Die Erfahrung lehrt allerdings, daß der Wirksamkeit solcher Vereinbarungen enge Grenzen gesetzt sind. Selbst wenn dieses Abkommen nicht zustande kommen sollte, steht heute schon fest, daß die F.D.P. — wie in der Vergangenheit — mit den geringen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in einer Materialschlacht mit der finanziell erheblich besser ausgestatteten Konkurrenz nicht mithalten kann. Sie wird sich daher nicht auf Massen von Papier, sondern eben auf ihre besseren Argumente verlassen.

Der Wahlkampf sollte in keinem Fall Formen annehmen, die das gemeinsame politische Gespräch und die zukünftige parlamentarische Arbeit unnötig erschweren. Das politische Leben wird auch nach dem 4. Mai 1975 weitergehen.

Porträt

In seinem äußeren Erscheinungsbild ist der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Josef Denzer der unauffällige Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamte geblieben, als der er vor vier Jahren in den Landtag einzog. Dem äußeren Erscheinungsbild aber widerspricht sein ausgeprägtes Engagement, mit dem er seinen kommunalpolitischen Sachverstand im Landtag und dessen Gremien zur Geltung bringt und mit dem Durchsetzungsvermögen vertritt, das seiner Zielstrebigkeit entspricht.

Ursprünglich hatte der 1925 in Trier geborene Denzer, der in der Nachkriegszeit zum unverwechselbaren Westfalen wurde, den Landtag gar nicht zu seinem Ziel erkoren. Ihm erschien es wichtiger, in der Kommunalpolitik zu wirken. 1954 schon wurde er Ratsmitglied in Werl-Aspe, übernahm dort später den Vorsitz der SPD-Fraktion und zog 1969 in den Rat der Stadt Bielefeld ein. Als Ratsmitglied aber spürte er zunehmend die Abhängigkeit der Kommunen von den Entscheidungen des Landtags. Weil er aber die Situation der Kommunen verbessern und ihre Interessen wahrnehmen wollte, mußte er sich zwangsläufig für eine Landtagskandidatur entscheiden.

Für die SPD-Fraktion war es schließlich selbstverständlich, daß ein derart intimer Kenner der Gemeindefinanzen in den Haushalts- und Finanzausschuß gehört, dessen Arbeit entscheidenden Einfluß auf die gesamte Landespolitik ausübt. Denzer nahm dabei in Kauf, daß er mit dem Ausschuß das Feld der Politik beackerte, über dessen Früchte kaum gesprochen wird. Es entspricht seinem Naturell, um seine Arbeit nicht viel Aufhebens zu machen, sondern sie eher still in Übereinstimmung mit den Zielen seiner Partei zu erledigen.

Drei Tage der Woche gehören seither dem Düsseldorfer Landtag und seinen Ausschüssen, unter anderen



Karl Josef Denzer (SPD)

auch der Arbeitsgruppe Stellenpläne, die erst jüngst die Stellenanforderungen der Landesministerien kräftig gestützt hat. Der Landtagsabgeordnete Denzer plädiert zwar auch für eine vertretbare personelle Ausstattung der Verwaltung, doch will er verhindern, daß die Verwaltung eine unkontrollierte Eingengesetzlichkeit entwickelt.

Die zur Routine gewordenen Fahrten mit der Bundesbahn von und nach Düsseldorf nutzte der 49jährige Kommunal- und Landespolitiker auf seine Art. Im Zugabteil erledigt er seine Landtagspost, macht sich mit Vorlagen vertraut oder tauscht Erfahrungen mit Landtagskollegen aus. Die auf diese Weise gewonnene Zeit verwendet der überzeugte Nichtautofahrer für sein kommunales Mandat und für sein Parteiamt. Als Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bielefeld-Halle mit 9000 Mitgliedern drängen sich ihm einfach Verpflichtungen auf, die er nicht mit der linken Hand erledigen kann und nicht will.

Mit der linken Hand hat der Vater zweier Kinder und Bewunderer Golo Manns im Grunde noch nie etwas getan. Seine Verwaltungsausbildung absolvierte er mit Bravour und entschloß sich noch als 36jähriger zum Studium der Sozial- und Verwaltungswissenschaften, das er mit dem Diplom abschloß. Nunmehr ist er mit gleicher Intensität Landtagsabgeordneter, und um sein Mandat ernsthaft wahrnehmen zu können, ließ er sich freiwillig in den einstweiligen Ruhestand versetzen, lange bevor der Landtag die Diskussion über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat eröffnete.

Klaus Simson